

Dietmar Horn

Leiter der Abteilung G im BMUB

Rede auf dem 3. NRF des UBA

Berlin, 11.11.2016

Sehr geehrte Frau Krautzberger,

sehr geehrter Herr Appel,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wir sind entschlossen, den Planeten vor Schädigung zu schützen, unter anderem durch nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion, die nachhaltige Bewirtschaftung seiner natürlichen Ressourcen und umgehende Maßnahmen gegen den Klimawandel, damit die Erde die Bedürfnisse der heutigen und der kommenden Generationen decken kann.“

So eine Formulierung ist typisch Umweltministerium. Könnte man meinen. Aber der Satz stammt nicht vom BMUB, sondern aus der Präambel der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Beschlossen im September letzten Jahres.

Neben der COP 21, der Pariser Weltklimakonferenz, einer der beiden Meilensteine des letzten Jahres auf dem Weg in eine – hoffentlich – nachhaltigere Zukunft.

Man kann zur praktischen Umsetzung solch hehrer Beschlüsse eine Reihe von Vorbehalten oder Fragen haben. Aber dass sich die Weltgemeinschaft im letzten Jahr auf solch weitreichende Abkommen einigt, ist in seiner politischen Tragweite nicht zu unterschätzen.

Es geht um nichts Geringeres als die „Transformation unserer Welt“ – folgerichtig ist dies auch die Überschrift der Agenda 2030.

Aus ihr ergibt sich der Auftrag für die Mitgliedsstaaten, den Wandel in Richtung Nachhaltigkeit voranzutreiben. In der Politik. In der Wirtschaft. In der Wissenschaft. In der Gesellschaft. Wie setzt die Bundesregierung diesen Auftrag nun um ?

An erster Stelle ist die **Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie** (NHS) zu nennen. Zurzeit laufen die letzten Abstimmungen zur Neuauflage der NHS. Mit der NHS nehmen wir den Impulse der Agenda 2030 auf und übertragen sie in die unterschiedlichen politischen Handlungsfelder.

Die Tatsache, dass die FF für diese Strategie nicht - wie sonst üblich - in einem Fachressort liegt, sondern im BK-Amt unterstreicht ihren hohen politischen Stellenwert.

Ich gehe davon aus, dass die Strategie Ende des Monats, spätestens aber Anfang Dezember im Kabinett beschlossen wird und damit zur Richtschnur für alle Ressorts wird. Zugleich gibt sie Orientierung für Wirtschaft und Gesellschaft, setzt politische Rahmenbedingungen auf die sich alle Akteure einstellen können und müssen.

Bei der Gestaltung der NHS hat sich die Bundesregierung an der Struktur der Agenda 2030 orientiert. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wird nun nach den 17 SDGs, den globalen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung gegliedert.

Diese 17 Zielbereiche sind durch ca. 60 nationale – zu einem großen Teil quantifizierte – Handlungsziele für das Jahr 2030 hinterlegt. Wie die Ziele jeweils erreicht werden sollen, skizziert die Bundesregierung durch zugehörige Programme und Maßnahmen.

Ein Beispiel: Wie Sie wissen, ist in der Agenda 2030 und entsprechend auch in der Dt. NHS u.a. das Ziel der Ressourcenschonung aufgeführt. Dieses wird in Deutschland politisch unterlegt durch das Ihnen bekannte Ressourceneffizienzprogramm ProgRess.

Ein anderes Ziel in der Agenda und der NHS sind nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster. Dieses Ziel wird unterlegt durch das im Februar im Kabinett verabschiedete Nationale Programm für Nachhaltigen Konsum. In diesem Programm sind wiederum unterschiedliche einzelne Maßnahmen enthalten.

Nach diesem Muster sind wollen wir versuchen, Bereich für Bereich eine Nachhaltige Entwicklung in Deutschland voranzubringen.

Eine zentrale Rolle kommt dabei der Umweltpolitik zu. Bundesministerin Hendricks hat deshalb Anfang September das Integrierte Umweltprogramm 2030 vorgelegt. Mit diesem Programm wird aus Sicht des BMUB beschrieben, vor welchen besonderen Aufgaben speziell die Umweltpolitik steht, und welche kurz- und mittelfristigen Weichenstellungen für einen sozial-ökologischen Wandel nötig sind.

Umweltpolitik steht in der öffentlichen Wahrnehmung immer noch viel zu häufig hinter den scheinbar großen Politikfeldern Wirtschaft, Arbeit, Finanzen. Aber der Umweltpolitik kommt bei der Gestaltung des Wandels eine zentrale Rolle zu. Umweltpolitik wird und muss der Motor des Wandels in Richtung Nachhaltigkeit sein. Wenn wir ökonomisch, ökologisch und sozial zukunftsfähig bleiben wollen, brauchen wir nicht weniger Umweltpolitik, sondern mehr.

Eine der Kernforderungen des bereits erwähnten Integrierten Umweltprogramms ist deshalb ein umweltpolitisches Initiativrecht innerhalb der Bundesregierung. Das BMUB sollte die Möglichkeit erhalten, politische Initiativen auch in Themenbereichen anderer Ministerien anzustoßen, wenn dies zur Erreichung wichtiger umweltpolitischer Ziele nötig ist.

Einen weiteren zentralen Punkt aus dem IUP will ich hinzufügen:

Wir brauchen eine Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform. Der Grundgedanke, ökologisch verträgliches Produzieren und Konsumieren zu entlasten und ökologisch schädliches Produzieren und Konsumieren zu belasten, bleibt richtig. Richtig ist allerdings auch, dass bei der konkreten Ausgestaltung sowohl auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen als auch auf die Sozialverträglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger zu achten ist.

Wenn Sie diese beiden, hier nur kurz angerissenen Punkte aus dem IUP neugierig auf „Mehr“ gemacht haben, empfehle ich Ihnen einen Blick in das gesamte Integrierte Umweltprogramm 2030. Wir sind stark an einem Dialog dazu interessiert und freuen uns über jedes Feedback, egal ob zustimmend oder kritisch.

Anrede,

auch wenn die aktuelle Debatte um den Klimaschutzplan 2050 derzeit die Wogen hoch schlagen lässt, will ich das Thema Klimaschutz hier nicht aussparen.

Denn die Beschlüsse von Paris sind auch Beschlüsse zum Ressourcenschutz. Durch das 2°Grad oder gar anderthalb Grad Ziel ergibt sich implizit auch, dass wir künftig nicht mehr so materialintensiv wirtschaften dürfen wie bisher.

Als langfristiges Ziel sollen in der Europäischen Union die Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 reduziert werden. Für Deutschland bedeutet dies eine nahezu vollständige Vermeidung von Treibhausgasemissionen. Dies erfordert eine umfassende Transformation unseres Materialverbrauchs:

Im Produktdesign, im Gebäudebereich, in der Abfallwirtschaft, in der Industrie sowie im Gewerbe-, Handels und Dienstleistungsbereich – kurz: Materialverbrauch und Treibhausgasemissionen sind zwei Seiten einer Medaille.

Auch deswegen haben wir schon 2012 Ziele und Maßnahmen zum Schutz und zur Nutzung der natürlichen Ressourcen in dem Deutschen Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes) formuliert.

Im Frühjahr dieses Jahres hat die Bundesregierung den ersten Bericht zu Umsetzung und die Fortschreibung des Programms - ProgRes II - beschlossen. Ich gehe davon aus, dass die meisten von Ihnen das Programm kennen, viele wahrscheinlich sogar an den Entstehung bzw. den Dialogforen dazu beteiligt waren.

ProgRes II enthält 123 Maßnahmen in sieben Handlungsfeldern, die unseren Rohstoffbedarf und Ressourcenverbrauch prägen. Konkret bedeutet das zum Beispiel:

- Wir werden unsere Beratung und die Förderprogramme für material- und energieeffiziente Techniken und Verfahren in der Produktion ausbauen.
- Der Bund wird - als größter öffentlicher Bauherr - seiner Vorreiterfunktion beim ressourcenschonenden Neubau und bei der Sanierung von Gebäuden gerecht werden.
- Das BMUB wird sich dafür einsetzen, dass auf Bundesebene verpflichtende Nachhaltigkeitskriterien in den umweltrelevantesten Beschaffungsbereichen eingeführt werden.

- Das BMUB befürwortet eine Strategie zur Verlängerung der Nutzungsdauer von Produkten und erarbeitet derzeit ein Konzept für ein „zweites Preisschild“, das die Umweltwirkungen besonders umweltrelevanter Produkte und Dienstleistungen darstellen soll.

Zudem soll ein „Standardportal“ für nachhaltigen Konsum den Zugang zu glaubwürdigen Informationen erleichtern.

Wir wollen mit ProgRess durch gezielte Innovationen unsere internationale Vorreiterrolle in der Energie- und Ressourceneffizienz weiter ausbauen. Ziel ist mindestens den Trend der Jahre 2000 bis 2010 fortsetzen. Das ergibt bis 2030 eine Steigerungsrate von über 30 Prozent.

Ein durchaus ehrgeiziges Ziel, denn wir haben in Deutschland viele „low hanging fruits“ schon geerntet und stehen nun - z.B. im Wohnungsbau und bei vielen Infrastrukturen – vor sehr anspruchsvollen Aufgaben. Aber auch das ist leistbar. Ein aktuelles Beispiel liefert die Firma Heinrich *Feeß* aus Kirchheim in Baden-Württemberg, die vor kurzem Preisträgerin der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geworden ist. Sie ersetzt durch Recycling von Beton 30 % ihrer Primärrohstoffe. Ein Vorbild für die Kreislaufwirtschaft im Bauwesen, das aus Sicht des Bundesministeriums für Umwelt und Bauen unterstreicht, wie gut auch in diesem Bereich Ökologie und Ökonomie zusammenpassen.

Wichtig ist, in Systemen und Zusammenhängen denken. Darum bildet die gemeinsame Betrachtung von Energie- und Materialeffizienz einen neuen Schwerpunkt in ProgRess II. Wir wollen mögliche Synergien wie auch Zielkonflikte frühzeitig erkennen und Inkonsistenzen vermeiden.

Anrede,

eine besondere Rolle, darüber wird heute im Verlauf des Tages noch ausführlicher gesprochen, werden die Städte spielen. In Deutschland und erst recht global. Es gibt bereits jetzt einen allgemeinen Trend, dass immer mehr Menschen in die Städte

ziehen. Diese Entwicklung wird sich mit dem globalen Bevölkerungszuwachs um 2 Mrd. Menschen bis 2050 noch einmal verstärken.

In der Planung und Gestaltung der Städte werden in den nächsten Jahren also die Weichen für den langfristigen Ressourcen- und Energiebedarf der Menschheit gestellt.

Zugleich sind Städte besonders anfällig für die Folgen des Klimawandels. Deshalb stellen das nachhaltige Bauen, und die nachhaltige Stadtentwicklung einen Handlungsschwerpunkt in ProgRess II, wie auch in dem Klimaschutzplan der Bundesregierung dar.

Der Fokus auf die Städte bedeutet zugleich: Viele Nachhaltigkeitsziele können nur in und durch die Kommunen umgesetzt werden. Wir beraten deshalb in einer interministeriellen Arbeitsgruppe gemeinsam mit Vertretern der Kommunen und deren Spitzenverbänden, was getan werden muss, um die Städte für die anstehenden Aufgaben zu stärken.

Anrede,

im Umweltinnovationsprogramm des BMUB fördern wir Pilotvorhaben zur Steigerung der Ressourceneffizienz insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen.

Bei der Beratung der KMU sowie bei technischen Pilotprojekten unterstützt uns das vdi-Zentrum für Ressourcenschutz. Herr Appel, Ihnen und Ihrem gesamten Team an dieser Stelle „Ganz herzlichen Dank“ für die sehr gute Zusammenarbeit bei diesem gemeinsamen Projekt von BMUB und VDI!

Wir freuen uns auch über die Kooperation mit einer wachsenden Zahl an Bundesländern, die Maßnahmen zur Verbesserung der Ressourceneffizienz mit eigenen Institutionen unterstützen. Zum Beispiel forschen wir gemeinsam mit vier Bundesländern und 12 Betrieben zum Thema „Ressourceneffizienz in der Fabrik 4.0“ um die Auswirkungen dieser Zukunftstechnologie auf die Ressourceneffizienz und mögliche Reboundeffekte besser zu verstehen. Solche inhaltliche und finanzielle Kooperation quer durch die Strukturen betrachte ich als zukunftsweisende Herangehensweise für eine transformative Umweltpolitik.

Unsere Ziele erreichen wir nur, wenn ressourceneffiziente Innovationen auch in der Breite Anwendung finden und von außen unterstützt werden. Insbesondere die Finanzwirtschaft spielt da eine wichtige Rolle, wir werden ja heute auch darüber noch sprechen. Einer der Schlüssel für das Gelingen der beabsichtigten Transformation liegt im Finanzsektor. Green Finance darf nicht nur ein Nischenprojekt für das Firmenimage bleiben, sondern muss zu einem relevanten Instrument an den Finanzmärkten werden.

Noch ein Blick auf die internationale Perspektive. Im Rahmen der G7 haben wir unter deutscher Präsidentschaft 2015 durchaus Erfolge in Sachen Ressourceneffizienzpolitik erzielt. Alle G7- Partner unterstützen inzwischen, - da war durchaus Überzeugungsarbeit nötig - unsere Initiative zum Aufbau einer ressourceneffizienten Wirtschaft und einer nachhaltigen Ressourcenpolitik.

Die im nächsten Jahr anstehende deutsche G 20-Präsidentschaft soll dazu genutzt werden, auch bei den großen Schwellenländern für ressourceneffiziente Technologien und Infrastrukturen zu werben und geeignete politische Rahmenbedingungen zu fördern. Dabei soll der gesamte Wirtschaftskreislauf betrachtet werden, von der Rohstoffgewinnung über Produktion und Konsum bis zur Kreislaufwirtschaft.

In einigen G 20-Staaten ist das Thema Ressourceneffizienz bereits verankert. Z.B. in Indien, China oder Mexiko. Aber die Zeit drängt: Derzeit werden in den Schwellenländern der G 20 Infrastruktur- und Produktionsentscheidungen getroffen, die den Wirtschaftspfad für Jahrzehnte bestimmen werden. Setzen die Schwellenländer hier nicht auf ressourceneffiziente Technologien und Infrastrukturen, ist ein weiteres Ansteigen des Rohstoffverbrauchs vorprogrammiert. Das gefährdet die Umwelt, die soziale Entwicklung und auch die Rohstoffversorgung der Wirtschaft.

Die Nachfrage nach ressourceneffizienten Produkten, Produktionsverfahren und Strukturen wird in G 20-Ländern rasant steigen. Die G 20 repräsentiert zwei Drittel

der Weltbevölkerung und rund 90 Prozent der globalen Wirtschaftskraft. Diese Märkte sollten wir im Blick behalten.

Anrede,

ich möchte meinen Beitrag schließen mit einem Dank und einem Ausblick:

Mein besonderer Dank geht an Sie, liebe Frau Krautzberger und das UBA für die Etablierung des ERFs und des NRFs alle zwei Jahre. Ich freue mich, dass es auch 2018 weitergehen soll.

Und Dank auch für die gleichermaßen engagierte wie kompetente wissenschaftliche Beratung durch Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Umsetzung von ProgRess II sowie der Vorbereitung von ProgRess III.

Und damit bin ich beim Ausblick. Unser nächstes Etappenziel heißt ProgRess III. Geplant ist, das jetzige Programm fortzuschreiben und ProgRess III im ersten Halbjahr 2020 im Kabinett zu verabschieden. Wir wollen damit einen weiteren Beitrag zu einer transformativen Umweltpolitik leisten.

Über die spezifischen fachlichen Punkte hinaus, wollen wir darin noch stärker die übergreifenden, strukturellen Fragen in den Blick nehmen, die in ProgRess II schon angelegt sind. Wir wollen uns z.B. mit Reboundeffekten auseinandersetzen und mit Zielallianzen zwischen Ressourceneffizienz und anderen Strategien des BMUB, wie dem Programm für nachhaltigen Konsum und natürlich der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Für die Erarbeitung von ProgRess III werden wir wieder einen intensiven Beteiligungsprozess gestalten, der Gelegenheit bietet, möglichst breit das Wissen und die Erfahrung der gesellschaftlichen Akteure einzubeziehen. Für 2017 bereiten wir derzeit eine Serie von Workshops vor, die branchen- und themenspezifisch Ihre und unsere Erfahrungen und Überlegungen zusammentragen sollen. Gemeinsam wollen wir neue Vorschläge entwickeln. Dazu darf ich Sie bereits jetzt herzlich einladen.

Für heute bedanke ich mich für Ihre Teilnahme und wünsche Ihnen eine ertragreiche Veranstaltung.